

# Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Steinwegstr. 17.  
Telephon: 6002. Erscheint täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Streise) im Bez. Merseburg. Erscheint täglich  
außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage  
„Volk und Zeit“.

Verlag: G. J. Schmidt, Halle, Gr. Steinwegstr. 27.  
Telephon: 5407. Postkassenschein Bezugs Nr. 87573

Nr. 17

Verlagspreis: Durch Ausstatter jährlich monatlich  
6,00 Mk. einschließlich Erdrückung. Für Abnehmer 5,50 Mk.  
Durch Vertrieb im Bezugsjahr 18.- monatlich 6,00 Mk.  
einschl. Beleggeld.

Halle, Freitag, den 21. Januar 1921

5. Jahrgang.  
Tages- u. Nacht-Verkauf: 25 Pf. Sonntags-Verkauf: 30 Pf. Ausland: 1,00 Mk.  
Ausgabe morgens 9 Uhr.

## Eine Kampfanfrage!

### Ein Offenbrief des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus — Sozialisten dürfen nicht regieren — Stadtkämmerer Hoek Oberbürgermeister von Zerl.

Berlin, 21. Jan. (Mitt.). Der Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes nahm gestern zur Frage der Sozialisierung der Kohlenbergbau-Stellung und fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus unter folgenden Bedingungen:

Alle Erdbäue gehören der Nation. Die Ausbeutung wird gemeinschaftlich organisiert. Das Eigentum an Bergwerken wird gegen Entschädigung der Besitzer an einen gemeinschaftlichen Körper übertragen. Die Kohlenbewirtschaftung wird für das ganze Reich einheitlich geregelt. Die Lohn- und Schichtverhältnisse sollen auf Grund von Reichsarbeitsverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Der Reichern und Angehörigen ist ein Mitspracherecht in der Wirtschaftsführung zu sichern. Die Preisregelung soll unter Berücksichtigung der Verbrauchersinteressen erfolgen.

Die Gewerkschaften erwarten, daß die Reichsregierung es nicht zu folgenreicheren Konflikten kommen läßt. — Eine einstimmig angenommene Erklärung wendet sich gegen eine eventuelle Auflösung der Sozialisierungskommission, wie sie vom Reichswirtschaftsminister in Reichstag wiederholt erklärt worden sei. Die Gewerkschaften sind gewillt, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Nach einer Mitteilung der „Freiheit“ heißt auch die die (Hilfs-)Kommission (Hilfs-)Kommission (Hilfs-)Kommission auf dem Boden dieser Bestimmung.

Freiheit! Sieh nicht feige unterwerfen, dem frechen Oberer, der jämlichen Despotie!  
Die Autokratie einer Dynastie oder eines Parteikomites, ist verwerfend, wie der Krieg selbst. Wöge das freie Georgien die Faust einer Despotie nicht mehr zu spüren bekommen!

### Brand ließ sich der Kammer vor.

Paris, 20. Jan. Nachdem Brand über die auswärtige Politik zu Notizen, den Vereinigten Staaten, Belgien und den Freunden und Verbündeten Mitteleuropas gesprochen hatte, erklärte er, daß Frankreich die fertige Ausführung der Friedensverträge zwischen den aus dem Bereich des österreichisch-ungarischen Reiches entfallenden Staaten nicht vernachlässigen und die Abmachungen durchführen werde, die es jedem dieser Länder ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu betreiben. Nachdem Brand noch über die beabsichtigte Neuorganisation des französischen Heeres und über die französischen Finanzen gesprochen hatte, appellierte er zum Schluss an die Einigkeit aller Republikaner. Die Erklärung wurde wiederholt durch Beifall unterbrochen. Darauf wurden verschiedene Interpellationen verlesen. Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung am morgen vertagt.

### Brand bei dem deutschen Botschafter.

Berlin, 20. Januar. Am 18. Januar abends hat der französische Ministerpräsident Brand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgesprochen, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß keine Gesamtschuld festgestellt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa 5 Jahre treffen, so sei dies insofern möglich, als das deutsche Volk immer noch kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenparteien unter gewissen Voraussetzungen, die in Briefen zum Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach jeder Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einstufig die Restschuldung mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in natura zu leisten.

Ministerpräsident Brand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck in der Reparationsfrage bald eine Verhandlung zu finden.

## Deutscher Reichstag.

Eröffnungstag über Bayern.

Am Donnerstag legte der Reichstag die Debatte über den unabhängigen Antrag, den Belagerungsstand in Bayern aufzuheben, fort. Der Tag hat eine einmütige Front aller loyalistischen Parteien gegen ein Solches, dessen „Loyalität“ von den schismatischen Seiten des alten Systems höchstens erreicht, aber nicht übertroffen worden ist. Ob Reinhold Thomas die geeignete Persönlichkeit war, die Aufgaben der Kommunisten zu vertreten, erhebt Zweifel; das Material, das er, und in noch erdrückenderer Maße der Unabhängige Unterzeichner und der Genosse Simon, demnach vorbrachten, hat uns Dinge enthüllt, die man hier im Norden noch nie im großen Zusammenhang vernommen hat und die uns erst ein richtiges Bild von den bayerischen Zuständen geben. Genosse Simon rechnete vor allem mit den bürgerlichen Rednern des gegnerischen Lagers ab. Der demagogische „Abgeordnete“ Professor Straußmann, der sich ebenfalls als Unterzeichner und eine ungewöhnlich überbelebte Hegeze gegen Berlin gehalten hatte, wurde von ihm als gewerkschaftlicher Hege und eingewandertes Feindes entlarvt. Dem Herrn Staatsanwalt Emminger von der Bayerischen Volkspartei nicht er die früher erlittene Art von Rechtsbrüchen, Schikanen und Willkürherrschaften vor, für die es bei den famolen bayerischen Volksparteiern, an denen Ulrichs Kurt Ester nicht unbedeutend ist, keine Richter gibt. Unmöglich ist es, auf die Anzahl empfindlicher Fälle reaktionärer und antirepublikaner Willkür einzugehen, aber eine kurze Liste der traurigen Widernisse, die sich bei den Anträgen, klar: Was uns in Bayern erwartet, wenn diese Herren in die Lage versetzt werden, auch hier ihr Schreckensregiment aufzuführen und alles, was noch republikanisch denkt, niederzuknüppeln. Die Rechte läßt man nur höflich lächeln, wenn von Gefangenenermäßigungen, Warten und Schikanen eine beweisstarke Kunde nach der anderen verlesen wurde. Der unabhängige Antrag wurde schließlich in numerischer Mehrzahl mit 151 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 124 sozialistische Stimmen abgelehnt. Die reaktionären Wähler wissen hiernach, was sie auch in der Republik von den hemmungslosen Zünlinden einer jetzt im Sattel stehenden bürgerlichen Regierung zu erwarten haben.

## Der böse Reformismus.

Alle Parteien haben den Landtagswahlkampf eröffnet. In der Berliner Zeitungsgeneralversammlung der U. S. A. sprach Silberding. Die Sozialdemokratie kam natürlich dabei schlecht weg. In den Augen der Unabhängigen sind die Sozialdemokraten bloß „Reformisten“, keine richtigen Klassenkämpfer. Daß wir von den echten Revolutionären nicht für „Gott“ genommen werden, ist bitter für uns. Wir mühen uns aber damit abfinden. Da aber der Reformismus eine Rolle spielen soll, wollen wir doch einmal den Reformismus, unter Reformismus bilde eine dauernde Gefahr für die Arbeiterbewegung, etwas genauer ansehen.

Silberding sagt, der Reformismus sei schon an der Erfolglosigkeit der Novemberrevolution. Wir geflehen gerne, daß wir nicht immer erfolgreich waren. Nicht alle unsere Blütenräume reifen. Aber wer ist an unserer Erfolglosigkeit nicht so ganz unschuldig? Was man wohl früher, unter „Schwächern“ den Bürgerlichen gegenüber oder die Zukunft der Unabhängigen vor der „Adamskonstruktion im Kapitalismus“ auf der Seite der Kommunisten? Wir mühen uns den Unabhängigen zu freuen: Unsere Sünden sind eure Sünden! Möglich, daß wir die Mahnen waren, aber ihr waret die Blinden und ihr habt aus der Fabel der Spalbücher keine Nutzen anwendung gezogen. Reymt euch bei der eigenen Reife.

Silberding spricht von der Liquidation des Krieges und von unierer Schuld, die wir durch den Eintritt in die Regierung des Bundes Krieg auf uns genommen haben sollen. Nun, die Liquidation dafür ist uns von den Volksmassen bereits im Januar 1919 ausgeübt worden. Sie war nicht groß zu schloß für uns. — Nach unierer Kriegspolitik kommt die Post- und Heine-Politik an die Reihe. Die Redakteure der „Freiheit“ werden natürlich nicht zugeben, was heute schon viele begreifen haben, daß die Abhängigkeit der Unabhängigen und das beständige Vorwärtstreiben der Revolution die Zukunftspolitik der Kommunisten, die Posten garben schließlich zu weissen Garben gemacht haben.

Die Reaktionen waren eben ein wenig schäner als unsere Unabhängigen.

Sie nahmen den Finger, den Moske ihnen bot, und die Herren ergründeten sich dann mit tücher Mitteln die Hand des allzu vertrauensvollen Moske. Die Monarchisten und Junker, für feierliche Offiziere war es vielleicht auch nicht gerade ein heiliges, republikanisches Soldaten zu spielen. Aber sie mühten, wie und warum sie sich nicht Koste unentbehrlich machten. Die Unabhängigen dagegen verkehrten jeden, der Koste-Garbist werden wollte. So daß schließlich sich auch die „Reformisten“ nicht mehr in die Garben Moskes hineintrauen. Wenn weil die Offiziere die Garben „häuberten“, hätte man sich erst recht den Zutritt erlampfen müssen. Doch das sind ja alles alte Sachen. Am 6. Juni wurde über diese Dinge der in die Zeitung ausgelegt, und bei den kommenden preussischen Wahlen werden auch die Dinge zur Sprache kommen. Es hat in der Zwischenzeit noch einiges zugenommen, was zur Belagerung der Wähler verwendet werden kann. Das ist das Kabinett Lehmann. Das ist zwar keine preussische Frage, aber weil sie Silberding erwähnt, wollen wir einen Augenblick dabei verweilen. Silberding sagt, wir hätten das Kabinett Rein, der Volkspartei der Unabhängigen, der nur eine rein sozialistische Regierung haben will, ist jetzt Lehmanns Stille. Die Deutsche Volkspartei weiß, was sie will, wenn sie trotz bürgerlicher Wägen immer wieder erklärt, mit der Sozialdemokratie werde sie zusammenarbeiten. Die Volkspartei weiß, daß die Koalition von der Spaltung der Arbeiterheit bedeutet. Die Unabhängigen aber wollen keine Vertiefung der Spaltung des Bürgerertums. Ihnen ist die „eine reaktionäre Masse“ lieber. Kann man mit den Reformisten der Sozialdemokratie und den Reformern des Bürgerertums nicht auch schon ein ganzeres Kampfbild für den Sozialismus schaffen? Was ist nicht Rathenau und David nicht Preuß, aber Rathenau nicht auch nicht Sinnes und Preuß nicht Selberick. Die „Freiheit“ spricht davon, daß die Kommunisten jetzt zugegeben haben, der Kampf um breunende Tages- und Teilforderungen ist kein Bestandteil der Revolution. Gibt es nicht „Tages- und Teilforderungen“, die durch Anführung noch recht merkwürdig werden können? Und bedeutet das dann Verrat an der Revolution? Gibt es hinter den bürgerlichen Reformern nicht große Schichten, die Proletariat einschließen? Ist von den bürgerlichen Reformern gar nichts zu erwarten? Sie sind doch eigentlich, wenn man sie hört, noch radikaler als die Reformisten. Wie schreibt das „Berliner Tageblatt“ zur Programmrede Geperings? Es spricht von der Baumgut, mit der notorische Vorläufer des alten Kurtus gebildet wurden und betont: „Obwohl die republikanische Grundlage nun schon seit mehr als zwei Jahrzehnten besteht, ist die Reaktion, außer in den böseren Schichten und der Justiz, noch immer

### Ein Vertrauensvotum für die Vertreter des deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlusfassung über das Verhandlungsergebnis in Berlin zusammengetreten ist, hat bei den nachfolgenden Beschlüssen einstimmig gefaßt: Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme über den Gang der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß sämtliche Vertreter im Eisenbahner-Ausschuß ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgebracht haben, um das Beste für den Eisenbahner herauszuholen. Aus diesem Grunde spricht er diesen Kollegen sein volles Vertrauen aus.

### Der neue Berliner Oberbürgermeisterwahl.

Berlin, 20. Jan. Bei der heutigen Oberbürgermeisterwahl wurde Stadtkämmerer Hoek mit 11 Stimmen gewählt. 95 Stimmen fielen auf den Stadtverordnetenvorsteher Hoek, sechs Stimmen waren unglücklich.

### Georgien in Verteidigung.

Ein Aufruf Kautskys.  
Am 12. Dezember leitete die georgische Volksgarde (und das ist die gesamte waffenfähige Arbeiterheit des Landes) den 8. Jahrestag ihres Bestehens. Das Fest fiel zusammen mit einer teilweisen Mobilisation der Garde zur Ueberwindung der südlichen Grenzen angeführt der Kompletzierung Armeniens. Aus diesem Anlaß richtete Karl Kautskys, der bekanntlich in Georgien weilte, einen Aufruf an die Garde, dem wir ja nachfolgende Stellen entnehmen:

... Die Politik Eures Landes war durchdringt vom Streben nach Frieden. Aber rings um Euch wird immer heftiger die Flamme des Krieges entzünden, und von neuem droht sie Euer Land zu erfassen. Neben Augenblick könnt Ihr berufen sein, Euer Leben für die Unabhängigkeit Eures Landes einzusetzen. Es erübrigt sich nicht, zu sagen, daß Ihr eure Pflicht erfüllen werdet und daß Ihr vor keinen Opfern zurückweicht, um Euren Lande den Krieg zu erparieren. Denn Ihr wollt ja nicht den Krieg, Ihr müßt ja, wie selbst der Frieden ist. Jetzt — mehr als je, denn die schwere Notlage Eures Landes ist ja nur eine Folge des Krieges und nur dadurch verursacht, daß ein Euren Grenzen Krieg und Bürgerkrieg nicht aufhören. Wahrscheinlich, es ist dies der Gipfel der Unversämtheit, wenn die meisten Leute, die durch ihre eigene Kriegspolitik Euren schmerzlichen Lage jetzt noch verschlimmern.

Aus Euren Reihen eine Halle für eure Regierung bereiten wollen und Euch versprechen, durch neuen Krieg und Bürgerkrieg Brot zu verdienen, Kleber und warme Bekleidung! Natürlich müßte Ihr auf diese Weise nur noch das verlieren, was Ihr heute habt. Und darum — Euch und tiefer daß jeglicher Gewalt, die das so friedliche Georgien mit Krieg und Bürgerkrieg bedroht! Frieden, nochmals und immer wieder Frieden, das muß unser Lösungswort sein! Aber nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden in

in der Verwaltung am liebsten befehligt. Erst wenn die demokratische Reform der Verwaltung rüstungslos durchgeführt sein wird, kann die republikanische Staatsform als gesichert angesehen werden.

Wuß die deutsche Revolution, nachdem sie bereits ihre Marneischlacht zu verdienlich hat, unbedingt auch zur Wiederlage kommen? Warum hat auch die Revolution ihre Marneischlacht? Weil die Truppen ausfallen den beiden Fronten am besten im Republik und Sozialismus gesamt wird, hin und her geworfen und verteilt wurden, kann nicht auf der republikanischen Front zurück zu dem Feind erbeutet werden? Und dann, darf man keinen Bundesgenossen haben, hat England vor Amerika kapituliert, als es sich um seine Bundesgenossenschaft bemühte? Nein. Das gleiche gilt von der Diktatur der Sozialdemokratie gegenüber dem Bismarck. Nicht der Reformismus der Sozialdemokratie ist eine dauernde Gefahr für die Arbeiterbewegung, sondern die roten "Heilighen", "Kaiser der roten Fahne" und die den Arbeiter den höchsten Wohlgeboten in den Reihen der Unabhängigen, denen es auf einen Feind mehr oder weniger nicht ankommt. Die Sozialdemokratie ist für die englische und nicht für die deutsche Taktik. Sie wird nicht gehalten, wie sie mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie recht behält. Erklärt nicht jetzt Bitterding, daß die Mehrheit im Parlament ein günstigeres Kampffeld für den Sozialismus schafft. Er sagt: Dann wird die Bourgeoisie zu den außerparlamentarischen Mitteln greifen müssen, und das wird immer zum Vorteil des Kampfes der Arbeiterklasse sein.

Der Reformismus ist also doch keine so dumme Sache. W. St.

### Das sozialistische Kabinett muß gestürzt werden.

Kommunisten und Deutschnationaler Arm in Arm. Schwerin, 20. Januar. Die "Mecklenburger Zeitung" meldet: In der heutigen Vormittags-Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Stellung die angelegentlichste programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich als Führer für den Arbeiter der Selbstständig-Organisation aus sprach. Hier auf sollte Abg. Kumbach (Dn.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde. Der Landtag vertagte sich jedoch auf heute nachmittags 3 Uhr.

Diese kurze Meldung ist so recht bezeichnend für die Stellungnahme der Kommunisten. Das rechtsistische Kabinett ist gestürzt worden, nachdem es durch seine empörende Parteizentralität einen geschlossenen Widerstand von den Demokraten bis zu den Kommunisten herangezogen hat. Die Kommunisten in Mecklenburg scheinen nur aber den Sturz des rechtsistischen Kabinetts schon wieder zu begehren, denn ihre gemeinsame Abstimmung mit den Deutschnationalen kann nur die eine Folge haben, viele wieder in den Sattel zu heben. Oder ist den Kommunisten Entschädigung für ihre Fälligkeit versprochen worden. Dann wird sie glücklicher als ihr Genosse Wergeres in Braunschweig.

### Eine amtliche Zartensnachricht.

225. Berlin, 20. Januar. Amtlich. Gestern vormittags wurden 7 Mitglieder der kommunistischen illegalen Kampfgeneration in Weidenburg festgenommen, darunter der wegen seiner auflegenden kommunistischen Tätigkeit wohlbestante Bergmann Schöder. Bei Durchsichtigung wurde reiches Material über die Bildung der roten Armee in Weidenburg gefunden. Die Organisation baute sich in West-, Unter- und Ost-Abteilungen unter einer Oberleitung mit dem Vorsitzenden Schöder auf. Die Organisation ist dem belandeten Schöder sehr feilschhaft, daß der Plan auf den gemeinsamen Sturz der Regierung und der Beendigung und zur Aufhebung der Diktatur des Proletariats abzielte, sowie daß die P. K. D. als politische Partei den Aufbau unmittelbar unterstützte. Die 7 festgenommenen, die größtenteils gefänglich sind, sind nach Sucht gebracht und dem Staatsanwalt des ansehnlichen Gerichts vorgesetzt worden. Das Gericht selbst sieht sich heute nach Sucht.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß sie sich nicht durch die Besetzung "amtlich" blenden lassen. Sie mögen sich lieber an das Gedächtnis erinnern, welches unter Reichsverwalter nur einiger Zeit mit dem Oberpräsidenten Spring führte und das mit einem Mordanschlag auf den Kaiser in solchem Umfange, daß ein militärischer Zustand

möglich wird, befehligt die Arbeiterklasse, auch die Kommunisten nicht. Das ganze Treiben geht unseres Erachtens von reaktionären Kreisen aus, die nach einem Anlauf suchen, die ungeheure Menge von Waffen, die noch in ihren Händen sind, in Tätigkeit treten zu lassen. Nicht die Kommunisten sind zu beobachten, sondern die andere Seite.

### Ob sie sich bessern wollen?

Die deutsche Studentenschaft hat die nachfolgende Kundgebung zum 18. Januar erlassen und dem Reichspräsidenten überreicht:

In Zeiten tiefer Erniedrigung, schwerster wirtschaftlicher Notlage und juchender innerer Kämpfe begehrt das deutsche Volk den 18. jährigen Gedanktag der Gründung des geeinten Reiches. In Schmerz und Trauer sehen wir zusammenbrechen, was unsere Großväter erschufen. Der Gedanke an die Taten der Vorfahren, die Erkenntnis der heutigen Not, die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Erhaltung des deutschen Geistes ist uns, der deutschen akademischen Jugend, die von jeher bereit war, sich für das Vaterland zu opfern, eine Mahnung, ihr Leben gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung dem Wiederaufbau des Reiches zu widmen. Alles Trennende liegt hinter uns! Die Willkür jedes Deutschen, über alle Gegensätze der Parteien und Klassen hinweg dem Vaterland zu dienen, liegt der einigende Gedanke der deutschen Jugend, in deren Herzen und Händen das Schicksal unserer Zukunft liegt. Die Taten des großen Krieges verpflichten uns Weisheit auf immer. Die einzig würdige Ehrung ihres Andenkens ist die hingebende Arbeit an den Aufgaben, die der harte Tag unserer Völker stellt. Solcher Treue werden die Früchte reifen. Wir wollen vorangehen im Kampf um den inneren Frieden!

Der Reichspräsident hat der deutschen Studentenschaft mit folgendem Schreiben geantwortet:

Von der Kundgebung der deutschen Studentenschaft zur 18. Wiederkehr des Tages der deutschen Einigung habe ich mit Dank und Freude Kenntnis genommen. Ich wünsche und hoffe, daß der hier bezeugte Wille der akademischen Jugend Deutschlands, gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung am Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten und über alle inneren Kämpfe und Unterwürdigkeit der Waisungen hinweg in einigender Arbeit dem Vaterlande zu dienen, auf allen deutschen Positionen Widerstand finden und zur Tat werden möge. Dann wird das Bestreben der deutschen Studentenschaft zu innerem Frieden und einem starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes wirksam beitragen und eine Bürgschaft werden für den Wiederaufstieg unseres schwer geprüften Vaterlandes.

### Der allmächtige Stimmzettel.

Der "Korwärtz" hatte an die Nachfrist die nun umfangreichen Klassenbestellungen des Hauptmanns Frankenburg, die auch die "Vollstimme" gekennzeichnen, die Aufzählung gestüpft, bei den preussischen Landtagswahlen der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben. Das gibt der "Koten Fahne" wieder Gelegenheit, ihre Taktik in empfehlender Erinnerung zu bringen. Sie schreibt: "Nicht der Stimmzettel, mehr der mehrheitssozialistische noch der unabhängige, werden die Drogen befehlen, sondern nur die unabhingende Kampfront der Arbeiterklasse, die den bewährtesten Organisationen der Bourgeoisie ihre eigenen befehle überreicht: Der allmächtige Stimmzettel." Dabei kommt sie sich ebenfalls wunder wie ich la u vor. Deshalb halten wir es für angebracht, die Arbeiterklasse dazu zu ermahnen, daß das fürchterlich wirkende Sozialiengezeuch auch mit dem Stimmzettel überwunden worden ist. Nur einem Verdächtigen wäre es damals gelungen, weil die Arbeiterklasse mit Ausweitung und Gehirnanis befehrt war, auf eigene Faust auch Ausweitung und Gehirnanis über die Wähler des Geheles und über die Verfolger der Arbeiterklasse zu verhängen. Der einzige, der damals die Waffe des Stimmzettels verschmähte, ist, und nicht den geringsten Anfang in der deutschen Arbeiterklasse und ist nur noch nicht an sich, wie das Bild die Wähler. Deshalb können wir uns der Aufforderung des "Korwärtz" nur anschließen, das probate Mittel des Stimmzettels bei den Preußenwahlen

recht unvorteilhaft zugunsten unserer Partei angewendet. Das ist die beste Befämpfung solcher Elemente, wie die des Hauptmanns Frankenburg.

### Ein Verlangen auf Auslieferung.

Schlagart, 20. Jan. Von der französischen Regierung war am 2. Januar unter Bezug auf den Friedensvertrag in Berlin ein Antrag auf Auslieferung des an der hiesigen Reformfront als Oberleiter höchsttätigen Offiziers Jung, der nach dem Kriege in seiner Heimat für die Rückgabe des Elsas an Deutschland agitierte, wegen Brandstiftung und Vordes gestellt worden. Infolgedessen wurde Jung an das Amtsgericht zu Neuburg ausgeliefert und gab dort bei seiner Vernehmung an, daß sich die Angaben die Begründung des Haftbefehls aus den Fingern gelassen hätten. Jung hat sich inzwischen der Haft durch die Flucht entzogen. Nach dem Flüchtling wird gefahndet.

Von roten Ketten macht uns frei allein Stresemanns ungelegtes Ei. So ungelähr reimte die Deutsche Volkspartei bei der Hosenjagd nach Wählern im vorigen Sommer. Ein Hauptprogramm gegen die bis dahin regierende "rote" Sozialdemokratie damals ein Reichsverbandsamt, dessen Arbeit unmöglich gegenstandslos geworden ist und das für 1919 unter der roten Herrschaft ein Etat von 1 Million hatte. 1920 unter Stresemanns Septer hörte das Banden auf. Der Etat dieses Amtes stieg aber auf 3 1/2 Millionen Mark. Stresemanns Landsknechte haben uns bestänzlich von der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln "betreut". Kohlenpunkt: Etat der Kartoffelstelle für 1919, als sie die Kartoffeln bewirtschaftete, 900 000 Mk.; für 1920, als die Kartoffeln nicht mehr bewirtschaftet wurde, 2 100 000. Wenn die weitere Aufhebung der Zwangswirtschaft ebenso billig wird, so wird man bald die Rationalität der Deutschen Volkspartei ändern zu verändern müssen: Von roten Spargelstößen macht uns frei tschider die Deutsche Volkspartei.

### Italienischer Sozialistentag.

Rom, 20. Januar. (It.) Die Mehrheit des Sozialistentages von Livorno hat sich gegen die extremen Methoden ausgesprochen. Infolge der von Lenin getragenen Unnachgiebigkeit ist die Spaltung innerhalb der italienischen Sozialisten Partei unermesslich.

### Der Kenner als Argument.

Livorno, 19. Jan. (It.) Die gestrige Vormittags-Sitzung des Sozialistentages wurde vielfach durch den heftigen Meinungswechsel zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gemäßigtenbundes gefehrt, die sich gegenseitig behaupten. In der Nachmittags-Sitzung der Kongreß eine Entschädigung zugunsten der ungelährten Regierung gefordert wird. Darauf nahm Barica heftig gegen diejenige Stellung, die die Anwendung von Gewalt proklamiert, und wies darauf hin, daß die Sozialisten von Bologna beweisen, daß die sozialistischen Gewolltaren auf die Partei selbst zurückzuführen. Seine Ausführungen tiefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wüsten Lärm. Stellenweise wurde man höflich. Der Vorsitzende der Dritten Welt Barica. Andere Kongreßteilnehmer nahmen sich an Bombacci und drängten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Barica, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Livorno, 19. Januar. In der Nachmittags-Sitzung des Sozialistentages legte der Rechtssozialist Turati seine Grundzüge auseinander, die sich gegen die Anwendung von Gewalt und gegen eine Diktatur wenden. Die Bertramirg hörte Turati sehr aufmerksam zu und bereitete sich für eine großartige Subjunktiv. Auch der Führer der mittleren Richtung Stratti nahm an dieser Zeit. Nachdem man einige Redner gesprochen hatten, vernahmte der Sekretär der Partei, leistung, wies auf Barica. Andere Kongreßteilnehmer wendeten den Kongreß die Moskauer Bindungen nicht noch und ganz annehmlich, so wird die Parteiführung wissen, was sie zu tun hat. Die Sitzung wurde sehr spät aufgehoben.

### Ein Maulwurf für die U. S. P.

Wer wußte bisher, daß die U. S. P. auf dem italienischen Parteitag in Livorno offiziell vertreten war? Diese

## Das Steffli-Haus.

Roman von Béla Bacsó.

Einzigberechtigte Hebrerung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(13. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Gäste kamen bereits. Möglich war eine treffliche, inarende Hesthematik. Da die Fabrikmaschinen langsam angeht. Im Chaos von Klang, Musik und Blauverklärte harrte Cecilia auf mit ausgehenden Augen in den über den Tisch dahingehenden Hesthematik. Verärgerte Menschen debattierten über Tagelöhne, behandelten die schmerzliche Tage der Arbeitslosigkeit, klagten über die Verzerrung und Blüten in den Teintpausen geschändliche, schwerfällige Redellen. Aus dem verworrenen Rausch sang hin und wieder eine laute Empörung:

Der Wertelner sagte, das ist so nicht gut. Waschen Sie es selbst selber - anmerkte er.

Jemand stimmte zu.

Ein solcher Antreiber ist wie der Christusüberstende Jude.

Genau! Ich bereits vollkommen betrunken. Auch er fäkt in die Debatte ein:

Schweine sind die Herren ... Ich sag's ... Schweine sind die Herren.

Steffel liest mit gebietenden Wangen nach rechts und links Mit festem Glauben an seine Gerechtigkeit leert er ein Glas nach dem anderen. Dann stimmte er ein flüchtiges Lied an. Seine mit brillanter Estertrinne in die stille Nacht.

Worauf die nächsten in unerschütterlichem Durcheinander die Fortsetzung einführten.

Der Tisch war gleich einem lauten Rauschen die Geheire der Reue durchgehender. Verwonnene Beiruntene taumelten in allen Gegebenen des Hofes umher. Die empfindsameren stützten einander, um ihre große Freundschaft zu bezeugen. Die Harmonika spielte. Ciermal und Steffel umarmten einander, sangen zusammen. Klirrend schlugen die Gläser gegen einander und immer wieder erwiderte das mit ja parobel's "Toselun" befehlende allgemein belächelte Lied. Ein anderer, nicht allzuhoher Rausch schmeckte. Einmal durch Steffel's Haus.

Als die Lustigkeit am größten, am lautesten war, erschreie ein verworfener, bis ins Mark dringender Schrei die sich unterhaltenden Leute. Steffel's Hand entfiel das Glas, er stürzte wild von Stuhl auf und starrte verblödet in die Richtung des Schreies.

Der Schrei wiederholte sich in verworrenen, zu Tod erschütterten, juchzenden Donnerationen. Einige ließen sich Ständer hinauf. Die Begegnung der die Treppe herunterlaufenden Frau Caritas. Die arme, alte Frau, die sich mit einem Hund befandete war, jammernde, stierend, trierend und tonnte vor gegnen Schreie und einem gewaltigen Weirrausch kaum zu Wort gelangen:

Mein Mann ist verstorben ... Die Erinnerung an jene Löhner hat meinem armen guten Mann den Borsinn genommen ...

Die Reute betrugelten mit betrauernden Augen die stürzende und besende Frau Caritas und fragten sie ungeduldig aus.

Frau Caritas erstarrte stehend, nach Atem ringend:

Nachdem er gestorben hatte, hat er sich nicht niedergelegt. Möglich werde mich ein Geruch. Ich hörte, daß sich jemand mit dem Schiefstein zu schaffen macht. Er war es ... Schiff ein großes Meißer beim Bild einer Kerze ... Ich fragte, was macht du? ... Er antwortete, ich werde dich töten ... Dann kam er auf mich zu, mir rangen, ich griff nach dem Meißer, schnitzte mich in die Hand ... Ah, mein Gott, wie verblödet du bist das Leben ... Er wollte mich töten ... Seine Augen waren so blumunterlaufen, wie die eines toten Hundes ... Er ist ganz von Sinnen ... Ah verflucht, verflucht, daß ich nicht beruhigen ... Ich hat ihn, jagte ihn an, doch wollte er mich töten ... Ich vermute kaum zu fliehen ...

Sie Frau kam vollkommen erschöpft auf einen Stuhl. Die Reute lauerten entsetzt Frau Caritas Erzählung. Ein großer Wirrwarr entstand.

Einem Volktitel! ... Einen Weg! ... - wurde durch einander gelehrt.

Die Unterhaltung war gestört. Der Harmonikaspieler schloß sein Instrument und legte es still beiseite. Die Wirtinnen bogden sich ins Strohwerk.

Ich werde schon Ordnung machen ... - sagte Ciermal, als er jedoch einen Schritt zur, freude er sich auch

son auf der Erde hin, blieb dort liegen und schloß nach einigen Augenblicken bereits mit tief stürzendem Schnarchen.

Steffel lärmte und erteilte Befehle:

"Ruhel! Bin ich der Hausherr ... oder wer?"

Darauf hatten die Bewohner tatsächlich besserer Steffel verflücht mit vollkommener Absicht, bezog sich ruhig und wenig ins Strohwerk. Er hätte sich nicht einmal beirten können, daß das, was er macht, nicht gut sein könnte. Im Strohwerk angelangt, fand er bereits einige überaus süße Leute dort, die in die Wohnung zu gelangen verflüchten.

Er hat sich eingeschlossen ... tief jemand mit argly durchdrangener Stimme.

Steffel klopfte an die Tür, bekam aber keine Antwort. Unterdrücken hatten sich bereits alle Mieter des Hauses hinter seinem Rücken verlammet. Jährend und zitternd hatten sie das Kommanden. In das halbsatte Summen mischte sich lässlich das schluchende, transtährige Schluchzen der aus Todesgefahr entronnenen Frau Caritas. Steffel postete hinter und versuchte es auch mit Worten:

Entel Caritas, öffnen Sie die Tür ... Wir sind Jähnen wohlbekannt ...

Auch darauf kam keine Antwort. Ein verwonnener Arbeiter junge froh auf das Geime und schaute von dort in die Storknung. Die übrigen neigten sich über das Geländer des Strohbores, erkundigten sich neugierig:

Was macht er? ... Wie sieht er aus? ...

So was hat sich noch nicht ereignet ...

Das Hausverlangen von früher hatte sich jetzt zu neuen jenderen Ergeßel verändert. Binnen einiger kurzen Minuten waren die Bewohner des Steffel-Hauses in einer festlichen, verängstigten, sich als Miterleber einer Tragödie fühlenden Welt geworden.

Der Bürger kammerte sich als Hesthergüter und schrie mit erschrockener Heiß:

Jetzt hat er die Heiligensbilder von der Wand gerissen. Den Christus ... Die Maria ... Die heilige Dreifaltigkeit ... Den heiligen Petrus ... Den heiligen Michael ... alle ... alle ... hat er von der Wand gerissen ...

Der Bürger schaute zitternd in das gepulverte Pfeil erhellte Fenster und sprach zähnd:

Zwei ... fünf ... sieben ... zehn Kerzen brennen auf dem Tisch ... (Fortsetzung folgt.)





Partei-Angelegenheiten.

Freiwillige Feuerwehr, Unterabteilung...

Sozialdemokratische Partei...

Christlich-Sozialer Verein...

Evangelischer Arbeiter-Verein...

Aus dem Stadtkreis.

Die Flüchtlinge in unserer Stadt.

Der Friedensvertrag zu Versailles hat nachhaltige Wirkungen...

Über die Flüchtlinge fragt, weshalb sie abgewandert sind...

nur aus eingebildeter Furcht abwandern; ihnen reihen sich schließlich...

Die meisten Flüchtlinge gebracht hat, liegt außerdem verkehrsgeographisch...

Die Halbjahreskonferenz der Bürgermeister, Gemeindevorsteher...

land Donnerstag, den 20. Januar, vormittags, im Saale des Gesellschaftshauses...

Den übrigen Berufsgebiete treten ganz zurück. Die Hälfte ist schon bis 1916 gekommen...

Morgen Sonntag der letzte Tag

unseres grossen diesjährigen Inventur-Ausverkaufs

bringt unserer Kundschaft ganz aussergewöhnlich grosse Vorteile.

Advertisement for clothing sale with items like Hemden-Barchent, Käper-Barchent, Bettzeug, Kleider-Barchent, Batist, Cheviot u. Diagonal, Kleiderstotten, Biusenstoff, Suspendiers, and others with prices.

Advertisement for shoes: Unser gesamtes Schuhwaren-Lager and Nussbaum Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Advertisement for leather goods: 25 Prozent Extra-Rabatt Offenbacher Lederwaren.



den Leuten, die den größten Gegenwartsaufgaben ihrer Epoche nachzugehen haben.

Die Konferenz war von 118 Vertretern aus fast allen Ortsgruppen des Saarlandes besetzt. In der Hauptversammlung sind die Vertreter einiger Industriezentren bei Halle wie Kammendorf, Braunsdorf, Dieskau, Reibitzburg.

**Wahlgeschäftsliste.** Der Kartellvertrag wird im März der Schulverwaltung, Halle, 14. fortgesetzt. Es werden noch 6000 Karten für folgende Vorträge und Vorträge abgegeben: 1. Grundrissen der Hygiene, Beginn Dienstag, 1. Febr. 1921, 2. Geschichte der Deutschen Literatur, Freitag abends, 3. Feindlich und Feilsch, Montag abends, 4. Volksgang in Frankreich, engl. und russ. Sprache, 5. Section leben des Kindes, Dienstag abends, 6. Lebenserhaltung und Lebensversicherung, Mittwoch abends, 7. Vortr. Elektrochemie (Fortgeschrittene), Vorträgen des Strohens, Anwendung auf Metallurgen und Metallarbeiten. Der Vortrag für englische Sprache (Donnerstag) von 8 bis 10 Uhr abends) gliedert sich in 1. grammatische Übungen, 2. Konversation und 3. Lektüre.

**Was die Arbeiter fordern.** In der am Mittwoch festgefundenen Arbeiterversammlung wurde ein Antrag angenommen, der von der Stadtverwaltung verlangt, daß sie sich innerhalb acht Tagen über die Forderungen der Arbeiterlisten äußert und mit ihnen in Verhandlungen tritt. Das gleiche wird von der Regierung gefordert. In dem Antrage heißt es dann weiter: „In Anbetracht unserer Notlage fordern wir die sofortige Beibehaltung der von uns verlangten einmaligen Unterstützungsgeldzahlungen. Abnehmende Wohnräume über diesen Punkt würden nur zu Weiterungen führen, da wir von denselben nicht abgehen können, weil die Not und das Leid unter den Arbeitern nicht abnehmen wird. Es kommt es, daß mangels der Erwerbslosen im Arbeiterkollektiv, die Zahl der Deputierten der Erwerbslosen zu nächst in der Stadtverordnetenversammlung.“ Wir haben bereits erklärt, daß die Notlage der Erwerbslosen eine schnelle Hilfe nötig macht. Aber die letzte Forderung dürften sich in Bezug auf ihre Durchführung aber auch die Erwerbslosen keinerlei Anfechtungen hingeben. Andere notleidende Gruppen und Interessenten könnten sonst mit demselben Recht vorgehen, wodurch nicht nur die Führung der Stadtverordnetenversammlung unmöglich, sondern auch die Stadtverordneten überflüssig würden. Etwas mehr Sinn sollten auch die Kommunisten in ihre Taktiken bringen.

**Arbeitslosigkeit und Volkstum.** Uns wird geschrieben: Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Bei hundertfachen und hundertfachen Schichten werden Angehörige entlassen, um zu Hause zu kommen. Es kommt es, daß mangels der Erwerbslosen im Arbeiterkollektiv, die Zahl der Deputierten der Erwerbslosen zu nächst in der Stadtverordnetenversammlung. Wir haben bereits erklärt, daß die Notlage der Erwerbslosen eine schnelle Hilfe nötig macht. Aber die letzte Forderung dürften sich in Bezug auf ihre Durchführung aber auch die Erwerbslosen keinerlei Anfechtungen hingeben. Andere notleidende Gruppen und Interessenten könnten sonst mit demselben Recht vorgehen, wodurch nicht nur die Führung der Stadtverordnetenversammlung unmöglich, sondern auch die Stadtverordneten überflüssig würden. Etwas mehr Sinn sollten auch die Kommunisten in ihre Taktiken bringen.

**Ein Beispiel kommunaler Selbstverwaltung.** Der in diesem Artikel genannte ehemalige Geschäftsführer Emil Wintler legt Wert darauf, zu erklären, daß er nicht Mitglied unserer Partei ist. Wir haben keine Ursache das zu verschweigen und gehen es hiermit bekannt.

**Weltliche Schulen für Halle.** Wie gemeldet wird, sind gegenwärtig Vorarbeiten im Gange zur Einrichtung weltlicher Schulen in Halle. Eine entsprechende Eingabe des Magistrats ist aus dem Ministerium der Reichsregierung eingegangen, daß die Weltliche, religionslose Schulen im Sinne des Schulunterrichtsgesetzes einzurichten. Zurzeit ist man dabei, Vorschläge derjenigen Lehrer und Schüler vorzunehmen, die in diese Richtung „weltliche“ Schulen überzutreten bereit sind. Die Gründung der religionslosen Schulen ist für den 1. April geplant. — Der Fortschritt zur Vermittlung eines alten Programmpunktes der Sozialdemokratie ist nur zu begrüßen. Als „weltliche Schulen“ sind, haben wir erst kürzlich in Nr. 9 der „Volkstimme“ ausgedrückt.

**Was dem Feindteufel geschick.** Heute früh 8 Uhr stürzte sich ein etwa 25jähriger, kräftiger aus dem zweiten Stockwerk gelegenen Zimmer eines Hotels an der Döllschstraße, wo sie die Nacht über logiert hatte. Sie kam zwar mit dem Bein davon, hat aber einen schweren Arm- und Schenkelbruch erlitten. Es dürfte nicht finanzielle Schwierigkeiten sein, die sie zu der Tat getrieben haben.

**Gefährlich wurde zwischen dem 9. und 11. d. M. eine Scheidungsmaine Marie Continental Nr. 8660 mit schwarzen Tafeln.**

**Was gehört die Uhr?** Am 11. d. M. wurde eine silberne Damenuhr mit der Nummer 10 607 und dem Namen Joe Schreiber auf der Innenseite des Deckels eingraviert als vermutlich gestohlen angesehen. Der lächerliche Angaben machen kann bezw. der rechtmäßige Eigentümer der Uhr wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

**Blinde Schiffe.** Als Mittwoch abend ein Dampfschiff in der Nähe der Aueuferstraße nach einem Brücksturz ging, wurde sie von einem jungen Manne angepöbeln. Als sie ihm keine Beachtung schenkte und ihren Weg weiterging, gab der Mann ansehend zwei blinde Schiffe auf sie ab. Der Täter ist entlassen.

**Kinderanweisung.** Mittwoch nachmittag wurde im Bahnhofsplatz ein 12 Jahre alter Knabe von einem Mann angepöbeln. Das Kind wurde nach dem Kinderheim gebracht.

**Was gehört der Hund?** In Leipzig wurden zwei Männer festgenommen, die angegeblich haben, einen mitgeführten kleinen braunen Hund (Kehlbinder) hier in der Maximilianstraße eingekerkert zu haben. Der Eigentümer wird ermahnt, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

**Museums- und Kunstfragen.** In der heute abend im Monatsrat stattfindenden Versammlung wird auch Herr Raefsch, Direktor des Bildlichen Museums zu Erfurt, das Wort ergreifen. Der nächste Sitzung des Rates ist am 11. d. M.

**Solgarbeiter, Bau- und Arbeiter.** Heute, Freitag, 7 Uhr, findet im Volkspark die Kranzdememorialung statt. Hoffentliches Erscheinen ist notwendig.

## Beschwerden

Über unzureichende und unrichtige Aufstellung der Volksliste mehrmals in der Expedition, der Große Hitzigstraße 27, damit jedoch möglich gehalten werden können.

**Die überlebte Völs.** Operette von Jean Koen. Raft von Jean Koen. Wir haben schon die zweite Aufführung des neuen „Keiters“ im Apollotheater angesehen. Es war entzückend“ hätte ich nach der Vorstellung einen Nachzügler sagen. Ich habe danach mein etwas vorläufig Urteil revidiert und will nun sagen „es war sehr nett“, zu beinahe „zu nett“. An Unwirklichkeit bei der Gestaltung der Personen hat der Verfasser nichts jenseits lassen. Wir hatten wirklich nur Operettenszenarien vor Augen, mit deren Wirkung auf die Zuschauer es nicht so gut bestellt wäre, wenn das Apollotheater nicht über einige hervorragende Künstler verfügen würde. Theo Lucas war unerschöpflich an Witz und löste Erheiterung als Nebenrollen Figuren und eine reizvolle Partitur hatte er in Johann Schütz. Beide konnten die neuesten Reize nicht so gut wie seine Art hatte. Franz Koen war vor allem in der Rolle des großartigen Scherenschnitters wohl verstanden, wenn sie ihm auch keinen Erfolg zu besonderem Heroismus tat. Charlotte Gaale traf die atombühliche, in Erinnerung an lebende Christine vorzüglich, während Gerte Kien als Operettensängerin recht artig mit dem Mädchen weichen konnte, im Gefolge aber wenig Motivation lieferte. Lieber die Musik ist zu sagen, daß sie wohl nicht die Vollständigkeit des Schwärzungsmaßstabes erlangen wird — der anderen so erfolgreichen Operette des Komponisten — doch aber sonst an Reizenden nicht arm ist. Das Publikum weidete sich an dem recht derben Humor des beliebten Hauptdarstellers Theo Lucas und den neuen neuen Tänzern und gab Beifall an massen.

**Stadttheater.** Heute, Freitag abend 7 1/2 Uhr, geht die Komödie „Darry“, von Theodor Lagger, in Szene. Sonnabend und Sonntag nachmittag 3 Uhr finden die letzten Aufführungen des Weihnachtsmärchens „Die Knechtchen“ statt. Sonnabend abend „Der Weissenhof“, Sonntag abend „Die Gezeichneten“, Montag „Der liebe Bauer“.

**Stammkarten des Stadttheaters.** Da in Kürze die erste Hälfte der Spielzeit zu Ende geht, werden die Stammkarten-Inhaber schriftlich gebeten, die noch zu zahlenden Beträge in diesen Tagen an der Kasse des Stadttheaters zu entrichten.

**Freie Volkshochschule.** 11. Wert (Die Stützen der Gesellschaft) K: Sonnabend, 22. Januar, L: Montag, den 23. Jan. Die Karten für das 3., 4. und 5. Wert müssen bis zum 23. d. in den Jahrslisten eingeleitet werden.

**Theatertheater.** Im Theatertheater gelangt am Sonntag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr, das Musical „Comte Gaudet“ von Schönhan und Koppel-Ellis, zur Aufführung. Unter der Spielleitung von Eugen Teufel sind beschäftigt: Dora Dehde, Irma Graml, Felene Bartmann, Margarete David, Willi Schar, Hermann Hebbing, Walther Krüger, Otto Niedemann, Theo Schinauer.

**Paul-Sander-Viebersend.** Infolge neuerlicher Erkrankung des Kammerjüngers Paul Sander ist das für heute angelegte Konzert auf Montag, den 14. Februar, im „Thaliaaal“ verlegt worden. Alle geübten Karten behalten ihre Gültigkeit.

**Gez. Wirtschaftstanz.** Heute abend 7 1/2 Uhr im „Thaliaaal“ (Geizhals) nach einem neuen Programm. Karten bei Reinhold Koch.

**Die „A. B. D. S. S.“** Die Wirtshaus 51 — hundertjährig für diese Woche einen großen Spielplan an „Der Franzose“ in fünf spannenden, tragischen Akten mit Herbert Hallermann in der Hauptrolle. Er zeigt in diesem Film wieder einmal sein gutes, schaulustvolles Talent. — Anschließend läuft ein zweites, gleiches, gleiches Musical unter dem Titel „Der Zwangsmittler“. Die Hauptdarstellerin dürfte die kleine Tänzerin Editha Ott, genannt das lebende Püppchen in ihren reizenden Tänzen finden. — Da der Andrang zu den Abendvorstellungen meist ein sehr großer ist, würde es sich sehr empfehlen, nach Möglichkeit die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

## Aus aller Welt.

**Greiz, 18. Januar.** Unverletzt. Ein schweres Unwetter, wie es seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist, hat gestern in der Abendstunden das Vogelland beimgelacht. In der Greizer Gegend sind in den Waldungen durch den Orkan schwere Baumstämme angebrochen worden. Die wolkenartigen Regengüsse gingen in der Nacht bei sinkender Temperatur in Schneefall über.

**Bremen, 20. Januar.** Seemannslid. Die Rettungsstation Bülmer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 19. Januar von einer Baggerchase, getrieben auf Blauortshafen, von Cuxhaven vertrieben, zwei Personen durch Rettungsboot Theodor Bruner der Station gerettet.

**Paris, 20. Jan.** Ueberschmummung. Nach einer neueren Hausbesamung aus Mexiko sind in Mexiko infolge der Ueberflutung 100 Personen ertrunken, 200 verletzt. Etwa 1000 Personen sind obdachlos. Der Schaden ist sehr groß.

## Parteinachrichten.

**Reigen geucht!**

Gegen unser Parteimitglied in Frankfurt a. D. hat der „Deutsche Offiziersbund“ Grenzrat gefordert, weil in der Revolutionsratsversammlung des Reiches aus Schleimen und Sausen der Offiziersgesellschaft in der Gruppe trefflicher Charakteristiker war. Der anwesende Redakteur, Genosse Kurt Lehmann, beschuldigt, einen unpräzisen Wahrheitsbegriff anzuwenden, um damit gleichzeitig der Öffentlichkeit und zu tun, durch welche Leute die Front von hinten erobert worden ist. Alle Kriegsteilnehmer, die über Vorkommnisse und Schicksale der Offiziere während des Krieges etwas Schönes aus eigener Anschauung zu berichten wissen, werden deshalb gebeten, ihre Briefe nicht Angabe der Dinge, die sie betreffen können, einzuschicken bei dem Verteilung der Angehörigen, Rechtsanwaltschaft, Frankfurt a. D., oder bei der Redaktion des „Volkstums“, Frankfurt a. D., Nr. 23.

**Der Zusammenbruch von Philipp Scheidemann.** Dieses mit allgemeiner Spannung erwartete Buch, dessen Erscheinung sich bisher verzögerte, gelangt nächste Woche zur Ausgabe. Das schon gebundene Exemplar ist zum Preise von 25 M. von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, oder durch die örtliche Parteibuchhandlung zu beziehen.

## Gewerkschaftliches.

**Die Felle schwimmen fort.**

**Einheitsfront gegen die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten.** Eine Konferenz des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wandte sich in einer Entschließung gegen die Verwirklichung der von den Kommunisten vorgeschlagenen Einheitsfront. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorgehensweise der letzten Zeit, insbesondere anfänglich der Zeit zum Abschluss gekommenen Eisenbahnerbewegung, weisen

lassen den erweiterten Vorstand mit aller Deutlichkeit ersichtlich, daß die Propaganda für die in Moskau geführte Gewerkschaften und die Folgen der von ihnen betriebenen Einheitsfronten nicht nur die Interessen der gewerkschaftlichen Verfassungen der Gewerkschaftsmitglieder, zur Ermöglichung der Einheitsfront und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaft führen muß. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sieht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, in Anlehnung an den Bescheid in Nr. 2 des „Deutschen Eisenbahner-Verbandes“ den Vorstand des Verbandes zum Ausdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwächung und Zerlegung des Verbandes betreiben, als Schwächlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit allen hierzu zulässigen Mitteln vorgehen hat.

Der erweiterte Vorstand sieht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er die u. U. Selbständigkeit seiner Einheitsfronten wahr, für die die Statut und die Beschlässe des Verbandes maßgebend sind. Demgegenüber kommt als Funktionär nur in Betracht, wer seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Stellung außerhalb des Verbandes herbeiführt, sondern von dem Verbanden, von unserem Verband beschlossenen Gewerkschaftsgrundsätzen leitet.“ Die Abstimmung über die vorstehende Entschließung erfolgte ablehnend, und zwar wurde der erste Antrag gegen 4 Stimmen und der zweite einstimmig angenommen. Das Abstimmungsprotokoll bringt klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Drahtzieher der Moskauer Internationale mit ihrer Zerplitterungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband auf Grund liegen. Die Beschlüsse der Gewerkschaft werden hier durch die Schreiben der Kommunisten, das bei längerer Dauer die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu Grunde richten muß. Auf einem Vertretertag, der in Berlin tagte, ergab die ausgedehnte Aussprache, daß diese kommunistische Kapitalien schon seit langem nicht mehr die Bedeutung hat, die sie vor Jahrzehnten einmal hatte, und daß ein großer Teil der Mitglieder, die sich der inhumanität-lammunwürdigen Bewegung angeschlossen hatten, zur alten Gewerkschaft zurückkehrten. Als Beweis hierfür wurde insbesondere der Verlauf einer von den Kommunisten für den 11. Januar in Gießen einberufenen Betriebskommissionen angeführt. Dort wurde, zum von Keimern, die aus Berlin erschienen waren, für den Streit Stimmung gemacht. Ihre Aufforderung erlebte harten Widerspruch, was zur Folge hatte, daß die Konferenz tumultuös verlief und ein großer Teil der Teilnehmer vor der Abstimmung über den Bescheid als Totalverletzte. Der Streit wurde schließlich einstimmig angenommen, aber die Vertretung, die nur 30 Mitglieder von 300 vertreten waren, wirkte außerordentlich ernüchternd. Bemerkenswert ist noch, daß selbst die kommunistische freie Union (Geizhalsen) gegen den Streit stimmte. Im Hinblick auf diese Erwörterung weisen die Redner darauf hin, daß sich der Verband auf gewerkschaftlich neutralem Boden halten muß, aber darum mit noch größerer Schärfe Zerplitterungsbestrebungen entgegenzutreten habe.

Zuletzt wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, die in demselben Sinne gehalten war wie die oben wiedergegebene der Eisenbahner.

## Zur Schlichtungsordnung.

Die „Gewerkschaftliche Nachrichten“ schreiben: Nach einer Stellungnahme soll der Entwurf der neuen Schlichtungsordnung im Reichsarbeitsministerium feigegeleitet und den Vertretern der Länder unterbreitet werden sein. Ein Teil der Länder habe verlangt, daß der Inhalt der Ratenergebnisse des Reichspräsidenten — über den Späher lebenswichtiger Betriebe — in die Schlichtungsordnung mit aufgenommen werde.

Die Nachrichten trifft nicht zu. Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt worden ist, steht die Fertigstellung der endgültigen Entwurfs der Schlichtungsordnung unmittelbar bevor. Die Schlichtungsordnung in allen wesentlichen Zügen schon im Entwurf. Eine amtliche Stellung der Länder kann jetzt noch nicht erfolgen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

### Seitliche deutscher Kriegsgefangener.

**Berlin, 20. Januar.** Der japanische Dampfer „Kaitu Maru“ mit 1700 deutschweilischen Kriegsgefangenen an Bord trifft, aus Misaki-Winkel kommend, voraussichtlich am 22. d. M. in Matsuyama in der Provinz Settsu ein. Die Kriegsgefangenen werden von dort nach dem Luftseerichter Voger übergeführt, von wo ihre endgültige Entlassung in ihre Heimatorte zwei bis drei Tage später erfolgt.

### Festgesetzte Ortschaften in Schlesien.

**Berlin, 20. Jan. Amtlich.** In dem Ermittlungsverfahren, das gegen die Führer der in Waldenburg aufgetretenen Ortschaften eingeleitet worden ist, haben sich inzwischen die Hauptbeschuldigten, nämlich der Kreis-Vorstandsrat Kurt von H. a. D. Müller und dessen Stellvertreter, Kurt von H. a. D. Müller, ebenfalls der Reichsanwalt Krull dem Gericht gestellt, so daß nunmehr alle neun Beschuldigten, gegen die Haftbefehle erlassen ist, in Haft sind.

### Griechische Niederlage in Kleinasien.

**Paris, 20. Januar.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die Truppen Kemal Paschas in Anatolien eine allgemeine Offensive gegen die Griechen begonnen. Sie sollen diese gezwungen haben, Land zu räumen und Brülfa befehle haben. Die Kemalisten behaupten, 4300 Gefangene gemacht, 17 Feldgeschütze und große Munitionsvorräte erbeutet zu haben. Die türkischen Blätter sind über die Wendung begeistert.

## Lebensmittel-Kalender.

**Städtisches Bureau der Lebensmittel.** Gegen Vorlage der Lebensmittelkarten werden am Sonnabend, 22. Januar, an die Inhaber der Nummern 1 bis 27 500 nur normirtungen von 8 bis 1 1/2 Uhr für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alle Leute von 70 Jahren an 1 Paket Getreidemehl zu 1 1/2 Mark und für Kinder bis zu 6 Jahren 1/2 Pfund Weizenmehl und 2 Pakete Milchpulver zum Preis von zusammen 2 1/2 Mark abgegeben. Werterwerb werden außer den bereits bekanntgegebenen Artikeln noch abgegeben: Fleisch und Würstchen zum ermäßigten Preise von 2 Mark die Dose.

## Verens- = Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Seite 20 Pf. Im Vereinsanzeiger sollen alle Bekanntmachungen der gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen eingeschickt werden. Nach Ende d. Berichtigungsfrist von Mitgliedern dient diese Rubrik

### Schlichtung.

Sonnabend, abends 8 Uhr, findet in einer großen öffentlichen Versammlung im „Großen Saal“ des Reichsgebäudestr. 100 der Reichsverband der Eisenbahner statt.

### Neigung.

Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Thaliaaal“ die Veranstaltung der Eisenbahner statt. Die Mitglieder der Eisenbahner sind eingeladen, sich zu beteiligen und den Besessenen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Ein nur alle Zwecke der Gewerkschaften als ausschließliche Angelegenheiten angesehen werden, zu hoch jede Gewerkschaft ein

Wie kann gehoffen werden?

# Die Wählerin

## Blätter zum Wahlkampf in Preußen

### Wir wollen . . .

Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht,  
Kein tröstendes Wort, uns zum Hohne,  
Wir wollen für jeden sein heiliges Recht,  
Für jeglichen Arbeit, die lohne,  
Und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt,  
Und Frieden der ganzen, der leuzenden Welt,  
Und dem Volke der Zukunft die Krone.

Clara Müller-Jahle

### Der Staat und die Gemeinde.

Von Hedwig Wachenheim.

Als in den napoleonischen Kriegen das von Friedrich II. geschaffene Preußen ebenio schnell zusammenbrach wie das Bismarckische Deutschland im Weltkrieg, drang bei den einflussreichen Staatsmännern die Erkenntnis durch, daß der Staat nur gerettet werden könne, wenn das Volk das wolle. Was aber war dieser Staat den Massen des Volkes? Man kannte zur Not die Fürsten, deren Beamten, die das Land verwalteten und Steuern einzogen und vor allem die Rekrutenausherber. Das Volk hatte im Staat nichts zu bestimmen und er war ihm deshalb gleichgültig. Es mutet sonderbar an, daß nach der, das Nachbarvolk tief aufwühlenden französischen Revolution man in Preußen bedächtigt daran ging, das Volk für staatliche Aufgaben zu erziehen. Diesen Zweck hatte die vor 110 Jahren erlassene Städteordnung, die dem grundbesitzenden Bürger das Recht gab, die Angelegenheiten seiner Gemeinde selbst zu verwalten, oder besser durch Gewählte seines Vertrauens verwalten zu lassen. Aber wir sehen heute an den Frauen, daß der Grundgedanke der Steinischen Reform, politisch Unerschulte durch Tätigkeit im engeren Gemeinwesen für das Größere zu erziehen, richtig war.

Der wirtschaftliche Umschwung und damit die wirtschaftliche Lage der Massen, aber auch das Wahlrecht und die Rechte und Handlungen der von allen Männern gewählten Volksvertretung erzeugen in den Männern das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Volksgemeinschaft. Die Revolution gab den Frauen das Wahlrecht, weil die Massen des Volkes es als unbillig empfunden hätten, wenn die Frauen weiterhin Menschen zweiter Klasse geblieben wären. Und nun zeigte es sich, daß die Frau, die weder theoretisch — etwa durch den Schulunterricht — noch praktisch durch das Gefühl der Verantwortung, das das Wahlrecht erzielt, und auch in vielen Fällen nicht durch die Berufsarbeit, die Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse fördert, für die politischen Aufgaben erzogen war, am schnellsten mit den Aufgaben der Gemeinde verwechselt.

Die Gemeinde erfüllt Aufgaben für eine menschliche Gemeinschaft, die die einfachste Frau übersehen kann, und innerhalb örtlicher Grenzen, die die meisten kennen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden fast allen Frauen — den nicht Berufstätigen durch ihre hauswirtschaftliche Tätigkeit — vertraut. Das Rathaus, das jeder kennt, ist der sinnfällige Ausdruck dafür, daß es eine Gemeindeverwaltung gibt, die die gemeinsamen Angelegenheiten ordnet. Man weiß, daß der Stadt Gas- und Elektrizitätswerke gehören, daß sie für die Abgabe Geld erhebt, daß sie die Straßen reinhält und für den Straßenbahnbetrieb sorgt. Die Vorzüge und Mängel aller dieser Einrichtungen sind fast allen bekannt, die Kritik beschäftigt sich oft damit; ihre Ursachen werden aufgedeckt, und in 100 Gesprächen befaßt man sich mit den Arbeiten

der Stadtverwaltung. Beziehungen zu städtischen Ehrenbeamten, dem ganzen Heer der Armen- und Waisenpfleger, dessen Organisationen dieses Verwaltungszweiges auf, dessen Leistungen auch in weiten Bevölkerungskreisen naturgemäß bekannt werden. Die städtische Organisation des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge bleibt keiner Arbeiterin unbekannt und die der Lebensmittelversorgung keiner Hausfrau. Und welche Mutter beschäftigt sich nicht mit den Leistungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Schulwesens, den Schulgebäuden, den Förderklassen, den Fortbildungsschulen? Die Arbeitsteilung und die Verteilung der Verantwortlichkeit in den städtischen Betrieben werden schnell jedem klar und die Freude an der Mitarbeit in der städtischen Verwaltung und das Verständnis für ihre Aufgaben ist unter den Frauen schnell gewachsen.

Aber die Gemeinde führt kein vom Staat gesondertes Leben. Im Mittelalter, als es noch keine Volks- und Volkswirtschaft im heutigen Umfange gab, war das eber der Fall. Von der Blüte der Städte zu jener Zeit zeugen heute noch hervorragende Denkmäler, stolze Rathäuser, Kornspeicher, Bürgerhäuser. Das absolute Preußen hat die städtische Freiheit vernichtet. Nicht die Bürger, sondern die vom König bestellten Staatsbeamten verwalteten jetzt die städtischen Angelegenheiten und die städtischen Bürger hatten nichts drein zu reden. Erst die Steinische Städteordnung gab den Städten ihre Freiheit und Selbstverwaltung in bestimmtem Umfange zurück. Das ganze vorige Jahrhundert hat uns über das, was hier zu seinem Beginn geschaffen wurde, nicht weit hinaus gebracht, und die Revolution schuf für die Gemeinbewahler zwar das allgemeine Wahlrecht, änderte jedoch sonst wenig. Durch das gleiche Wahlrecht haben nun die Arbeiter, haben die Sozialisten den der Zahl ihrer Anhänger entsprechenden Einfluß in den Stadtparlamenten, und in vielen Industriestädten durch ihre Mehrheit den entscheidenden Einfluß. Aber die städtischen Verwaltungsgeschäfte führt im wesentlichen der Magistrat, und der Magistrat ist nicht an das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung gebunden wie die Reichsregierung an das Vertrauen des Reichstags, er hat eine ganz andere Stellung, kann er doch nach dem Gesetz gegebenenfalls die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung verwerfen. Und überall, wo nicht, wie das ausnahmsweise in Berlin geschah, eine ganz neue Stadt gebildet wurde, sind nur die unbesoldeten Magistratsmitglieder entsprechend der Zusammenlegung der neuen Stadtverordnetenversammlung neu gewählt worden. Die besoldeten, die früher von den Dreiklassenstadterordneten gewählt wurden, sind häufig noch im Amt. Auch müssen die Magistratsmitglieder von der preußischen Regierung bestätigt werden, sonst sind sie es trotz Wahl durch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht. Die preußische Regierung führt auch die Aufsicht über die Arbeiten der Stadt und hat ein weitgehendes Einspruchsrecht. Wir sehen also, daß die Städte heute noch nicht selbständig sind und haben ja tatsächlich in Berlin erlebt, wie die bürgerliche Mehrheit der Preußischen Landesversammlung den Willen der Berliner Arbeiter bekämpfte, und zum Beispiel den gewählten Stadtschulrat nicht bestätigt hat. Diesen Zustand wollen wir ändern, wir wollen, daß die Gemeinden frei werden von jeder unnötigen Bevormundung. Nur in Freiheit und unter eigener Verantwortung kann Gutes geleistet werden. Diese Freiheit kann aber nur erworben werden durch Gesetz und dieses Gesetz wird vom Preußischen Landtag gemacht werden, den alle Männer und Frauen in Preußen am 20. Februar 1921 wählen. Wer also der Gemeinde die Möglichkeit der Freiheit und Vorwärtsentwicklung geben will, der muß am 20. Februar sozialdemokratisch wählen!

# Die Hohenzollern.

Am 18. Januar werden die Reaktionsäre den 60. Jahrestag der Reichsgründung zum Vorwand nehmen, um in altbekannter Weise die „Verdienste“ der Hohenzollern um die deutsche Einheit zu feiern. Diese „Verdienste“ bestehen nur in der Legende, wie sie auch namentlich an den preussischen Volksschulen verbreitet wurde. Die erste geschichtliche Fälschung hat ganz andere Ergebnisse festgelegt. Vieles hierüber kann man in dem Buche „Die Hohenzollernlegende“ nachlesen, das der jetzige deutschnationale Hauptschriftleiter Max Maurenbrecher vor Jahren verfaßt hat. Er hat sich dabei der historischen Quellen bedient. Alles, was von dem jahrhunderlangen nationalen Streben der Hohenzollern zerflattert angeht, ist seiner Feststellungen in Luft. Die folgende Darstellung stützt sich in der Hauptsache auf Max Maurenbrechers Werk. Es ist nützlich, sie vor den Preußenwahlen sehr aufmerksam zu lesen.

Die Hohenzollern haben niemals andere Politik betrieben als rein brandenburgisch-preussische, aber ohne jedes höhere ideale Ziel. Bis zum Sturz des Absolutismus wurde der Staat als das private Eigentum des Fürsten angesehen. Jeder Fürst war bestrebt, seine „Hausmacht“ nach Kräften zu vergrößern, aber nicht aus irgendwelchen nationalen Gesichtspunkten, sondern aus der einfachen Erwägung, daß je größer der Staat, desto größer auch die Einnahmen und die persönliche Machtstellung des Fürsten. So haben sich die Habsburger das bunteckige Staatsgebilde des alten Oesterreich mit seinen acht verschiedenen Nationalitäten zusammengeschmeißelt und zusammenge Robertson — als ihre „Hausmacht“. Ganz ähnlich ist Preußen entstanden. Wenn es national nicht so bunteckig wurde wie Oesterreich, so war das lediglich der geographischen Lage des Stammlandes Brandenburg zuzuschreiben, das mehr inmitten deutscher Länder lag als das Stammland Oesterreich. Doch hat z. B. zurzeit Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms III. bis zur Katastrophe von Jena (1806) der Staat Preußen fast ebensoviel polnische wie deutsche Einwohner gezählt. In dem Streben, ihre Hausmacht Preußen zu vergrößern, haben die Hohenzollern oft genug die Interessen des Deutschen Reichs und des deutschen Volkes an das Ausland verraten, wenn dies nur dem Wachstum Preußens dienlich war.

Ein Beispiel bietet schon dafür der Kurfürst Joachim I. (1499—1535). Bei der Kaiserwahl von 1517 war er bestrebt, seine Stimme als Kurfürst möglichst an den Reichsbietenden zu verkaufen, um auf diese Weise seine nicht unerheblichen Schulden zu decken. Dieser deutsche Patriot schwankte zwischen dem spanischen König Karl und dem französischen König Franz hin und her. Fünfmal wechselte er seine Stellung, je nachdem das spanische oder das französische Geldangebot höher war. Es bereitete ihm auch keine Strapazen, während schon die französischen Goldstücke in seine Kasse floßen, von neuem mit dem Spanier zu verhandeln. Schließlich blieb dieser als der Reichsbietende Sieger. Der Verlauf von Kurstimmen kommt in der deutschen Geschichte öfter vor, aber so schamlos wie dieser Hohenzoller hat wohl kaum ein deutscher Kurfürst gehandelt.

Der Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640—1688) wird in der Hohenzollernlegende als der „Große Kurfürst“ verherrlicht. Daß er jahrzehntelang in Solde Frankreichs stand, daß seine brandenburgische Armee ausschließlich von den Unterstützungsgebern beibehalten wurde, die Ludwig XIV. von Frankreich gab, verdrängt die Legende. In die Zeit des „Großen Kurfürsten“ fällt der Raub Strahburgs durch die Franzosen mitten im Frieden. Er wird von den Geschichtsschreibern als Gipfelpunkt französischer Niedertucht bezeichnet, Verschwiegen aber wird, daß diese Niedertucht nur möglich war durch das Verhalten des im französischen Solde stehenden „Großen“ Hohenzollern, der mit seiner Armee bereit hand, jedem deutschen Fürsten in den Rücken zu fallen, der Frankreich seinen Raub zu entreißen gesucht hätte. Der „Große Kurfürst“ ist der eigentliche Verräter Strahburgs!

Zur Zeit Friedrichs II., ebenfalls „der Große“ genannt, wären Strahburg und das Elsaß beinahe von Frankreich zu übergeben worden. Im Jahre 1744 fand bereits eine kaiserliche Armee in diesen Ländern. Da brach Friedrich, der wie sein Großvater gleichfalls im Bündnis mit Frankreich stand, von neuem in die österreichischen Lande ein und zwingt so die Oesterreicher, das Elsaß wieder zu räumen. In seinem Lebensabend stiftete Friedrich den Deutschen Fürstenbund, der die Macht des Deutschen Reiches völlig zum Schwanden brachte.

Der Zerfall des alten Deutschen Reiches wurde von den Hohenzollern in jeder Weise begünstigt. Für ein paar Länder, seien im Innern Deutschlands liegen sie es ruhig geschehen, daß Frankreich das ganze linke Rheinufer an sich riß. Beim endgültigen Zusammenbruch des Reiches 1803 und 1806 war Friedrich Wilhelm III. nur bestrebt, aus der Konfuzsmasse ein paar Gebietsstücke für sich zu erhalten. Nach dem siegreichen Ausgang der Freiheitskriege (1812—1815) hofften alle Patrioten auf eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Aber sie erfolgte nicht. Wie alle Hohenzollern hatte Friedrich Wilhelm III. an der Reichsgründung gar kein Interesse, sondern ihn interessierte nur, wieviel Gebietszuwachs Preußen durch den Wiener Kongreß erhielt.

In der Revolution von 1848 lebte der Reichsgedanke neu auf. Das Deutsche Parlament trat in der Paulskirche von Frankfurt zusammen. Wieder zeigten sich die Hohenzollern als die schärfsten Gegner des Reichsgedankens. Preussische Regimenter schlugen die Revolution in Sachsen, Baden und der Pfalz nieder, sprengten die Reichsversammlung und zerstörten den Traum von deutscher Freiheit und Einheit. Der König Friedrich Wilhelm IV. aber wies verächtlich die ihm angebotene Kaiserkrone zurück, weil sie „mit dem Ludergeruch der Revolution“ behaftet sei.

Unter seinem Nachfolger Wilhelm I. erfolgte tatsächlich die Reichsgründung, aber nicht durch ihn. Gerade der preussische König Wilhelm wollte 1870 von der Reichsgründung am allerwenigsten wissen, er hätte viel lieber den Krieg von 1870 mit einer territorialen Vergrößerung Preußens als mit der Kaiserkrönung beendet. In einem berühmten Briefe an Bismarck klagt er, sein Wunsch wäre es gewesen, als König von Preußen zu regieren und zu sterben, nur auf das Drängen des Kanzlers willigte er in die Kaiserkrönung ein. Er hat damit noch einmal dokumentarisch festgelegt, daß alle Hohenzollern nichts getrieben haben als dynastische Hauspolitik. Sie haben wohl Preußen zu vergrößern gesucht, aber aus keinen höheren Ideen heraus als ein Gutbesitzer sein Rittergut, ein Fabrikbesitzer seine Fabrik zu vergrößern trachtet. Für den nationalen Einheitsgedanken hat kein einziger Hohenzoller gewirkt, aber vom Vertrat des Reiches und der Reichseinheit sind die Hohenzollern groß geworden! Bis der Zusammenbruch Deutschlands auch sie mit in die Tiefe riß. Die preussischen Wahlen — so rechnen die Junker und Industriellen — sollen die Wiedereinsetzung der Hohenzollern nach sich ziehen.

Frau aus dem Volk! Kannst du für Freunde des verräterischen Hohenzollernhauses deine Stimme geben?

## Von der Kraft des Zutrauens.

Es ist erstaunlich, wieviel Menschen sich unklar sind über die Kräfte, die in ihnen liegen und die für sie und ihre Umgebung in vielen Fällen tot bleiben, weil man sie nicht weckt.

So gefährlich Ueberhebung und Ueberhebung ist, so verwerflich Eigenlob und Eigendünkel ist, in gleicher Weise zur Gefahr und zum Schaden wird doch in nicht seltenen Fällen ein Verzagten am eigenen Können, ein Unterschätzen des eigenen Wirkens und der eigenen Leistungsfähigkeit.

Die Kraft des Zutrauens versteht nämlich tatsächlich Verge, d. h. bringt fertig, was vielfach als Wunder angesehen und angeklamt wird und doch nur eine Folge der eigenen Kraft, des Zutrauens zu eigener Leistung ist.

Um ein Ding richtig auszuführen, d. h. zum guten, erfolgreichen Abschluß zu bringen, muß man freilich ein gewisses Maß von Vorkennnis für die Sache haben, muß auch in der Richtung zu ihr hin Begabung besitzen, muß aber vor allen Dingen den Willen zur Ausföhrung in sich steigern, d. h. an sich und seine Kraft glauben.

Nun ist dieser Glaube an uns selber uns nicht immer gegeben. Vielfach werden wir im Gegenteil mit einem angeborenen Vorurteil gegen uns und unsere Schaffenskraft geboren, oder dazu erzogen, wir bezweifeln uns und unsere Leistungen, beargwöhnen unser Können. Das ist in den meisten Fällen krankhaft, ist Eigenliebe, die aus Furcht vor Enttäuschung krankhaft wird, ist Feindseligkeit, Empfindsamkeit mit uns, die höchste Beschweris, großes Gemümis werden kann.

Nicht immer können wir uns selber erlösen. Viel muß uns Hilfe von Kameraden, vom Freunde, vom Genossen kommen. Nietzsche lehrt: „harte Freundschaft“, die uns die Augen öffnet, aber er fordert auch höchste Freundschaft in dieser harten Liebe. Faßt uns für uns und unsere Genossen die Augen offen behalten und uns, aber vor allem auch ihnen, die Kraft des Zutrauens schenken und geben, wo immer es möglich ist. Lotte Wölfer.

# Die Frauen und der Achtstundentag

Von Clara Zils.

Im Schöße einer nicht fernen Zukunft liegen die „Kampfen und die heiligen Kämpfe“, die dem Freistaat Preußen am Tage der Neuwahl zum Landtag geworfen werden sollen. Und Preußens Frauen haben einen starken Anteil am Ausfall dieser Wahl. Nun wird leider noch bei einer nicht ganz geringen Anzahl Frauen Unklarheit darüber herrschen, was wir zu erringen, was wir zu verlieren haben. Als Frucht der Revolution vom 9. November 1918 ist mit in allererster Reihe die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden zu nennen. Der Achtstundentag ist in Gefahr. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn der Preussische Landtag am 20. Februar, dem Tage der Neuwahl, ein reaktionäres Gesicht enthüllt, Sturm gelassen wird gegen diesen schwer erkämpften Besitz der Arbeiterklasse. Was das heißt, muß man sich klar machen.

Die Volksschule entließ uns, vierzehnjährig, mit einem sehr bescheidenen Maß von Wissen. Denn im kaiserlichen Deutschland war eine hochweisse Regierung nicht der Ansicht des großen Kinderfreundes Fröbel: Für unsere Kinder ist gerade das Beste gut; sie hielt es mehr mit jener Leuchte des ostelbischen Funkenfutters, die den klassischen Anspruch hat: Es genüge für den Arbeiter, wenn er Kühe und Ochsen auseinanderhalten könnte. Und, kaum schulentlassend, mußten die Kinder des Proletariats in die Arbeit, den Beruf eintreten, für sich sorgen, mitverdienen helfen, vom Morgen bis zum Abend tätig sein, und weil ich mich hier besonders an die Frauen wende, erinnere ich speziell an die Hausangestellten, für die es eine Beschränkung der Arbeitszeit überhaupt nicht gab. Der Mann, die erwachsenen Kinder, die arbeitende Frau waren den größten Teil des Tages an ihre Arbeitsstätte gebannt; sie hatten keine Zeit, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen, ein herzliches Familienleben zu pflegen, Menschen zu sein. Wenn nun die Träger des Systems, das diese Zustände verurteilte, erneut ausschlaggebenden Einfluß in der Volksvertretung und damit in der Regierung gewinnen, wird unsere Lage wieder die gleiche werden. Die bürgerlichen Parteien sind Feinde des Achtstundentages, sie betonen bei jeder Gelegenheit, daß länger und mehr gearbeitet werden muß; sie versuchen es so hinzustellen, als ob unsere schlechte Wirtschaftslage größtenteils eine Folge des Achtstundentages sei. Aber unsere volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten sind verursacht durch den jahrelangen Krieg, die Abschnürung vom Weltmarkt, den Wegfall der Rohstoffzufuhr, die Kosten des Friedensvertrages, den ein verlorenen Krieg uns zu unterzeichnen zwang — und durch die Profitgier des kapitalistischen Unternehmertums das, wie Quallen, sich vollsaugt am Schweiß und Blut des Proletariats. Die in ihren Betrieben zu Geld, zu Unternehmergewinn wurden.

Kein denkender Mensch dürfte heute eine Erhöhung der Arbeitszeit fordern, denn jedermann weiß, daß es Erwerbs- und Arbeitslose in erschreckend großer Zahl in unserem Volke gibt, denen, um ihnen die Existenz überhaupt zu ermöglichen, Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden müssen. Die dafür benötigten Gelder werden von der Allgemeinheit aufgebracht. Und wieder sind es gerade die arbeitenden Klassen, die in ihrer Fähigkeit, Steuerlasten zu tragen, am ehesten und genauesten eingeklinkt werden können. Wie andere durch Verkleinerung, Kapitalverdrängungen usw. den Staat schädigen und so ihren Anteil an den Steuerlasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abwälzen, haben Ereignisse gerade in letzter Zeit erwiesen. Anher den voll Erwerbs- und Arbeitslosen sind eine große Zahl von Arbeitnehmern in Fabriken mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt, die Teilunterstützung erhalten müssen. Schon diese wenigen Angaben genügen, um zu zeigen, daß das Geschrei der bürgerlichen Parteien nach einer Verlängerung der Arbeitszeit Torheit ist, entsprungen aus der schrankenlosen Gewinnhunger des Unternehmertums, und gerichtet, eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens zu verhindern, eine Gesundung unseres kranken Volksvorgers überhaupt unmöglich zu machen.

Helfen können wir nur, wenn wir danach streben, Arbeitsmöglichkeiten für alle arbeitswilligen Menschen zu schaffen. Das kann erzielt werden durch Sicherung des Achtstundentages, Verbesserungen der Beziehungen zum Auslande, Hebung der Kaufkraft unseres Geldes, Förderung der Rohstoffzufuhr, gefunden Ansaufschuß zwischen den Breiten für die Lebenshaltung und den Löhnen und Gehältern. Alle diese Dinge aber werden ganz ausschlaggebend bestimmt durch den Ausfall der Wahlen. Preußen hat immer noch die führende Stellung in Deutschland inne, und ein Erstarken der Reaktion in Preußen

würde zweifellos im Auslande Wirkungen zeitigen, die man unbedingt zu vermeiden wünschen muß.

Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für alle arbeitsfähigen Kräfte, die durch die oben angegebenen Mittel erreicht werden soll, gäbe nicht nur die Möglichkeit zum Abbau der Erwerbs- und Arbeitslosenunterstützung. Sie wäre auch wesentlich geeignet, eine Hebung der viel beklagten, gesunkenen Moral herbeizuführen. Zu viel Arbeitsleistung, zu lange Arbeitsdauer verhindern den Menschen am kulturellen Aufstieg, mangelnde Beschäftigung ist ihm ebenso schädlich. Jeder junge Mensch besonders hat das Bedürfnis nach Betätigung, einer gesunden Erschöpfung seiner Energien, nach Arbeit. Und weil heute so sehr vielen diese Möglichkeiten fehlen, betätigen sie sich in beklagenswerter Weise, durchaus nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Gesamtheit. Wir hätten gewiß weniger Unruhen und Rütische erlebt, wenn in der Zeit seit der Revolution alle Volksgenossen in ihrer Arbeit hätten stehen, sich abends noch vollbrachter Leistung als nützliche Glieder der Gemeinschaft hätten fühlen dürfen.

An alle Mütter und Frauen ergeht der Ruf: Sichert den Achtstundentag als wichtigstes Mittel für unsere wirtschaftliche und sittliche Gesundung, für unsere geistige Aufwärtsentwicklung, für unsere endliche Befreiung! Sichert den Achtstundentag, indem ihr am 20. Februar eure Pflicht erfüllt!

## Die Not der Kriegsblinden.

Im Auftrage einer bedrängten Mutter in einer Tuberkuloseangelegenheit auf dem höchsten Landratsamte vorredend, wurde ich Zeugin folgenden Auftritts: Ein Kriegsblinder, 24—28 Jahre alt, kam mit seinem Sanitätshund zur Tür herein; leister ging in einem mit rote-Kreuz-Tafelchen plombierten Lebergepäck, an welchem der Blinde sich festhielt. Augencheinlich war er herbeieilt, denn die eine Beamtin sagte zu ihm: „Allo, Sie bekommen drei Tackchen und drei Hemdchen (Säuglingswärme) und, nicht wahr, Sie erklären sich dann bereit, daß das Geld dafür von Ihrer nächstfälligen Rente abgezogen wird?“ Der Blinde würgte eine Weile an einer Antwort, dann sagte er langsam, Bekommen: „Ja, aber von der Rente wird doch schon so viel abgezogen, was bleibt mir denn da noch zum Leben übrig?“

Ja, wovon leben oder, besser gesagt, vegetieren denn diese Armeisten der Armen in so entsetzlich teuren Zeiten eigentlich? Diesem einen Fall unter gewiß Tausenden ähnlichen nachgehend fand ich folgende traurige häusliche Lage: In einer ganz leuchten Wohnung lebte der Blinde mit Frau und einem 5 Monate alten Kinde kaum das notdürftigste Gerät besitzend, klagte er doch am meisten über den quälenden Mangel an Wärme, denn es ist ihm natürlich jetzt ganz unmöglich, auch nur ein einziges Stück anzuschaffen. Sein Augenlicht verlor er schon 1916 durch Granatplitzer in den Karpaten; ergreifend anzuhören war seine Schilderung, wie die Schreie immer mehr abnahm und das tiefe Dunkel um ihn immer höhnungsloser wurde. Zu diesen körperlichen Qualen kamen nun auch noch die immer größer werdenden Sorgen um die Existenz seiner Familie, denn was er an staatlicher Unterstützung erhält, reicht natürlich nach seiner Seite hin. „Aber,“ so sagt er mit einem tiefen Seufzer und seine erlöschenden Augen gehen erschütternd nach der Richtung des Schalles meiner Worte, „ich selbst bin mit meinem einen Kinde noch nicht einmal am schlammigen dran. Mein ebenfalls kriegsblinder Kamerad E. hier am Orte hat fünf Kinder im Alter von 1½ bis 10 Jahren. Davon hat keines mehr ein Hemd anzuziehen! Er trägt mit Hilfe der zwei größeren Töchter Buchstaben aus, die pro Stück gleich bei Empfang bezahlt werden. Von diesen Sammelpfennigen fristet die liebentöpfige Familie ihr Leben den ganzen Monat hindurch, bis am ersten des nächsten Monats die Rente kommt. Von dieser Rente führt er dann das Zeitungsgeld an den Verlag ab, um — am nächsten Tage das traurige Spiel von neuem zu beginnen. . .“

Was kann man nun angesichts solcher Not tun? Von all den Unglücklichen, die im Kriege den Verlust ihrer Glieder und der Gesundheit erlitten haben, ist wohl der Kriegsblinde am schwersten getroffen. Der erwähnte Blinde nahm sein Kindchen auf den Arm; es suchte des Vaters Blick, aber nur zwei tote Augenhöhlen starrten ihm entgegen. Und welche Sehnsucht muß doch den armen Menschen erfüllen auch einmal in seines Kindes Anblick zu schauen! Was konnte den Verlust des Augenlichtes auch nur annähernd ersetzen? Die Umwelt aber läßt diese Armeisten mit ihren Familien noch bitterste Not und Armut leiden!

Und darum halte ich es für eine dringende Pflicht, unserer Volksvertretung die große Not der Kriegsblinden ans Herz zu legen, damit sie und ihre Angehörigen wenigstens vor dem äußersten geschützt sind.

Marie Schleich, Nied. a. M.

# Wie kann geholfen werden?

Von Erna Rube.

Es besteht für Erwerbstätige, Männer wie Frauen, ein schon viel beklagter und täglich empfundener Mangel an geeigneten Näh- und Stichtuben, Wäschereien und Speiseanstalten. Diesem Mangel abzuwehren haben sich schon interessierte Kreise zusammengeschlossen, sind aber wegen ungeheurer Widerstände zum größten Teil über Beratungen und Erhebungen nicht hinausgekommen. Man gewinnt die Ueberzeugung, daß nicht nur hier, sondern auch bei anderen Gelegenheiten es unseren Behörden immer an der nötigen Großzügigkeit mangelt. Jeder bearbeitet sein Gebiet und sieht dabei zu wenig rechts und links. Selbst bei aller Rücksicht auf die allgemeine schlechte Finanzlage könnte doch vieles mit etwas mehr gutem Willen nicht nur zu machen sein, sondern ließe sich auch unter geringerem Kostenaufwand Wertvolleres schaffen.

Ueber die Notwendigkeit der Errichtung dieser Anstalten braucht kein Wort verloren werden. Sie ist unbestreitbar. Warum sollte es nicht möglich sein, mit verhältnismäßig geringem Geldaufwand solche einzurichten. Genau wie die Stadt während der schlechten Ernährungsverhältnisse ein Interesse daran hatte Speiseanstalten einzurichten, müßte sie auch hier helfend eingreifen. An Vorschlägen und Teilnehmern bei evtl. Beratungen würde es ganz gewiß nicht fehlen. In Berlin beispielsweise bestanden und bestehen noch heute sogenannte Mittelstandsstüben, die seit einer Zeit mit einem so großen Verlust arbeiten; daß die letzten in absehbarer Zeit geschlossen werden. Um diese Räume den Zwecken dienlich zu machen, wären keine so unerschwinglichen Ausgaben notwendig. Es gibt auch sicher noch andere Einrichtungen, die man dann eben erkunden muß.

Es könnte vielleicht zu bedenken sein, ob der Betrieb sich auch rentabel gestalten würde. Bei gewissenhafter Leitung wäre an dem Zulpfuch nicht zu zweifeln. Da die Räumlichkeiten überall sehr beschränkt sind, brauchte man ja gar nicht alles in demselben Raume unterzubringen. Man könnte in einer Straße die Speiseanstalten haben, in einer anderen die Wäscherei, in einer dritten Näh- und Stichtuben, woanders auch vielleicht noch eine Blättstube.

Die Einrichtung der Anstalten wäre für die Stadt im Augenblick vielleicht eine Ausgabe, die sie nicht machen kann. Hier kommt nun der Punkt, wo man durch Verbindung zweier Pläne miteinander billiger zu einem Erfolg kommt.

Die Erwerbslosenfürsorge, deren Gelder wir ja durch Steuern anzubringen haben, hat sich bereits mit der Umschulung erwerbsloser Mädchen in den Hausangestelltenberuf befaßt. Weil alle anderen Verufe ein Ueberangebot an Arbeitskräften haben und der Hausangestelltenberuf ein Mangel, liegt es im volkswirtschaftlichen Interesse, einen Ausgleich zu schaffen. Alle redlichen Bemühungen scheiterten an den sonderbarerweise noch heute völlig unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausangestellten. Es liegt klar auf der Hand und wird auch vielfach zugegeben, daß bei einer versuchten Vorbereitung Erwerbsloser für den Beruf der eigentliche Zweck der Sache nicht erreicht werden würde, nämlich der, die Erwerbslosenfürsorge zu entlasten. Die jungen Mädchen würden die Kurse besuchen, um die Verlegenheit wahrzunehmen für ihre eigenen Interessen; denn die meisten hoffen doch, einmal selbst Hausfrau zu werden. An einen Zwang, nach Beendigung des Kuriums in den Haushalt zu gehen, ist nicht zu denken. Und freiwillig werden nur sehr wenige an den Aushilfsfundamenten gewöhnte und freie Industriearbeiterinnen in den Beruf gehen. Die wenigen, die es dennoch täten, würden die unsreien Verhältnisse, die es häufig nicht gestatten, sich auf sich selbst zu verlassen, alsbald von sich abschütteln und dem Beruf wieder den Rücken kehren. Und dennoch soll etwas geschehen.

Man müßte hier nun sagen: Die Stadt sorgt für die Beschaffung der Räumlichkeiten, die Erwerbslosenfürsorge trägt die Kosten für die innere Einrichtung und läßt Erwerbslose dort umschulen. Die Anstalten müßten unter eine geeignete Leitung gestellt werden, so daß die Gewähr besteht, daß die Umzuschulenden wirklich etwas lernen. Da augenblicklich, nun überhaupt einmal etwas zu schaffen, der Gesichtspunkt fast zu berücksichtigen ist, daß die Erwerbslosen wirklich praktisch Wertvolles lernen, könnte man an Einrichtungskosten gleichfalls sparen. In diesem Falle muß der Wäschereibetrieb gänzlich auf Handarbeit eingestellt werden. Es liegt auch im Interesse der Auftraggeber, daß die Wäsche mit der Hand und nicht mit Maschinen gereinigt wird. Mit den Ausbesserungstüben verhält es sich bis auf die maschinellen Einrichtungen ebenso. Auch hier müßte man bereits bestehende Einrichtungen ausnutzen. In Berlin z. B. die Betriebswerkstätten der Stadt.

Die Erwerbslosen müßten für die Dauer der Umschulung die Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe ausgezahlt erhalten.

Um nun alle Zweige der Hauswirtschaft zu erneuern, muß ein Wechselssystem eingeführt werden, so daß jede Erwerbslose erst eine gewisse Zeit in einer Abteilung ausgebildet wird und durch alle Abteilungen wandert. Es ist auch für eine gründliche Ausbildung unerlässlich, daß neherher noch theoretischer Unterricht erteilt wird, der natürlich in der achtstündigen Arbeitszeit liegen muß.

Durch die Ausführung dieses Vorschlages würde man mehrere Zwecke miteinander verbinden. Den Erwerbstätigen wäre geholfen und den Erwerbslosen auch. Außerdem würde die Erwerbslosenfürsorge entlastet. Die getroffenen Einrichtungen müßten, wenn auch die Erwerbslosenfürsorge kein Interesse mehr daran hat, beibehalten werden, und könnten dann ganz auf den einen Zweck eingestellt werden, den Erwerbstätigen zu dienen. Wenn erst wieder jeder sein Recht auf Arbeit geltend machen kann, dann wird es auch mehr Frauen geben, die außerhalb des Hauses tätig sind, und dadurch würden die Anstalten erhöht in Anspruch genommen werden.

Vorläufig handelt es sich aber noch darum, die Erwerbslosenfürsorge zu entlasten. Um das zu erreichen, ist es notwendig, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Hausangestelltenberuf zu schaffen. Es wäre nicht zu verantworten, die Umschulung auf Kosten der Allgemeinheit vorzunehmen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob der eigentliche Zweck auch wirklich erreicht wird und ohne nicht die Widerstände aus dem Wege zu räumen.

Darum, schafft Tarifverträge, sorgt für den nötigen Schutz der Hausangestellten durch ein neues Recht, indem ihr am 20. Februar eine sozialistische Volksvertretung in den preussischen Landtag wählt.

## Das freie Wahlrecht . . . .

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,  
In dem wir siegen. Nun wohlan!  
Nicht predigen wir Haß den Reichen,  
Nein, gleiches Recht für jedermann.  
Die Lieb' soll uns zusammenketten,  
Wir strecken aus die Bruderhand,  
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,  
Das Volk vom Elend zu erretten!

S. Kuborf.

## Der „Preußenblock“.

Die Deutschnationalen haben die erste Preußenwahlparole ausgegeben. In dem kurzen Aufruf verweisen sie darauf, daß der Zusammenhalt Preußens seit der Revolution dauernd gefährdet gewesen sei und preiten die Deutschnationalen als den Preußenblock an, der allein Preußen zusammenhalten könne.

Dieser erste Wahlausruf, so schreibt die „S. R.“, ist zugleich eine erste große Lüge. Nach der Revolution bei den Preußenwahlen hat die Deutschnationale Volkspartei durch ihren Parteivorstand ein offizielles Wahlbündnis mit den auf Zertrümmerung Preußens ausgehenden Welfen abgeschlossen, und nach dem Zusammentritt der Preussischen Landesversammlung hat sich die Deutschnationale Volkspartei durch Herrn von der Osten wiederholt für weitergehende Provinzialautonomie ausgesprochen. Die ersten Anträge gegen den Fortbestand eines zentral zusammengehaltenen Preußens rühren von dem deutschnationalen Abgeordneten Ling her. Erst als die Sozialdemokratie siegreich ihre Parole durchgesetzt hatte, daß keine neue Kleinstaaten entstehen dürfe, sondern Preußen einheitlich zusammengehalten werden müsse, bis es als Ganzes im Reiche aufginge, haben die Deutschnationalen mit großem Geschrei die Rettung Preußens als ihr Programm verkündet.

## Am 20. Februar

wird gewählt:

1. zum Reichstag (in Ostpreußen und Schleswig-Holstein);
2. zum Landtag in ganz Preußen;
3. zum Provinziallandtag;
4. zum Kreistag.

Wahlberechtigt ist jede Person über 20 Jahre, die in die Wählerliste eingetragen ist.

**Gewählt wird sozialdemokratisch!**